

(Weiter-)Bildungseinrichtungen arbeitet, wird auf den 109 inhaltlichen Seiten kaum Dinge erfahren, die sie oder er nicht schon seit Jahren in der Praxis durchlebt. Doch ein wenig quer zu lesen, eigene Handlungsweisen einmal zu überprüfen und womöglich zum ersten Mal etwas über die Theorie dahinter zu erfahren, hat noch niemandem geschadet. Also: Einmal die eigene Arbeit überprüfen – und dann das Buch guten Gewissens an die Berufsstarter weitergeben!

## Klaus Ahlheim: Mehr als Qualifikation Über betriebliche und politische Erwachsenenbildung



Ulm 2020  
Klemm + Oelschläger, 57 Seiten

**VON JOHANNES SCHILLO** Die außerschulische Bildung, die von der Corona-Krise – wie so viele andere gesellschaftliche Bereiche – mit gravierenden Einschnitten konfrontiert wurde, hat schon einige Umbrüche und Innovationen erlebt. Ende des 20. Jahrhunderts war es vor allem die Entdeckung von Qualifizierungsnotwendigkeiten, die zu einer umfassenden Modernisierung führen sollten. Dabei hatte es der scheinbar banale Modernisierungsimperativ in sich. Angepeilt wurde nichts weniger als das „Ende der emanzipatorischen Erwachsenenbildung“ (J. Kade), wie es von Befürwortern dieses Aufbruchs hieß. Da die „Emanzipationisten“ (R. Arnold) aber nicht aufgaben und gerade auch in der außerschulischen politischen Bildung an der Aufklärungsfunktion pädagogischer Arbeit mit dem Ziel der Mündigkeit festhielten, ja sogar neue Ansätze einer kritischen Bildung entwickelten, zog sich der Grundsatzstreit weiter hin. So erneuerte der Erziehungswissenschaft-

ler Rolf Arnold 2019 seinen Angriff auf die Vertreter der „verbliebenen emanzipatorischen Provinz“, da sie von ihrer „Ideologie“ nicht lassen wollten und damit verhinderten, dass Theoriebildung endlich „aus dem Protestsystem in das wissenschaftliche System“ überführt wird (S. 7).

Der im Juni 2020 verstorbene Erziehungswissenschaftler Klaus Ahlheim (Universität Duisburg-Essen), auf den sich solche Polemik in prominenter Weise bezog, hat mit seinem letzten Band (Nr. 7) seiner 2018 gestarteten Reihe „edition pyrrhus“ darauf eine treffende Antwort gegeben. Sie steht unter dem Motto „Mehr als Qualifikation“ und greift ältere Überlegungen auf, so etwa das Plädoyer des Autors für eine „wirklich politische politische Bildung“, wie es bei der GEW-Herbstakademie 2002 gehalten wurde. Aber im Grunde ist das, was hier vorliegt, eine brandaktuelle Stellungnahme zur bildungspolitischen Lage. „Mit Corona“ erhält ja der gesamte Bildungsbetrieb einen mächtigen Schub in Richtung digitales Lernen, und die außerschulischen Abteilungen werden dabei möglicherweise umgebaut – oder auch komplett an den Rand gedrängt. Ein solcher Trend der Marginalisierung zeigte sich 2019 bei der Vorstellung der „Nationalen Weiterbildungsstrategie“ (NWS), die von mehreren Bundesministerien, zudem von Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden verantwortet wurde, um bildungspolitische Leitlinien für den digitalen Wandel in Deutschland zu formulieren. Darin heißt es unverblümt: „Die NWS fokussiert auf die berufliche Weiterbildung.“ (S. 9)

Ahlheim sieht darin eine eindeutige Schwächung der politischen Erwachsenenbildung, obwohl diese „für die technische, kulturelle und soziale Gestaltung des digitalen Wandels von besonderer Bedeutung sein könnte“ (S. 9). Die Einbeziehung der politischen in die berufliche oder betriebliche Bildung, wie sie von Arnold oder Kade, in der Tendenz auch von W. Sander oder H. Siebert vertreten wird, lehnt Ahlheim dabei nicht ab. Er wendet sich vielmehr gegen das Programm einer Integration verschiedener Bildungsbereiche unterm Primat beruflicher Qualifizierung. Eine solche Integration würde vom emanzipatorischen Anspruch nichts mehr übriglassen, da sie ihn als unzeitgemäß ablehnt bzw. in der Ausstattung eines marktgängigen Subjekts mit den jeweils nachgefragten Qualifikationen und Kompetenzen bereits vollumfänglich realisiert sieht. Mit einer solchen Erneuerung würde im Endeffekt der neue Konsens von Wissenschaft und Bildungspolitik bekräftigt, dass „politische Bildung eigentlich weitgehend obsolet“ ist (S. 47).

Der Nachdruck auf dem digitalen Lernen sorgt dafür, was Ahlheims Veröffentlichung in pointierter Form nach- →

zeichnet, dass derartige Argumentationslinien wieder besonderes Gewicht bekommen. Damit rückt das selbst gesteuerte Individuum in den Vordergrund, das sich in keinen Bildungsprozess begeben muss, sondern auf individuelle Qualifizierungsdefizite reagiert und für deren Behebung bloß die einschlägigen Instruktionen und Trainingsprogramme aus dem Internet abzurufen braucht. Dass dies im Blick auf die drängenden politischen Probleme – behandelt werden in dem Büchlein vor allem nationalistische und rassistische Tendenzen – eine fatale bildungspolitische Entwicklung wäre, macht Ahlheims Plädoyer in eindrucksvoller Weise deutlich.

## Thomas Hartmann / Jochen Dahm / Frank Decker (Hrsg.): Die Zukunft der Demokratie

Erkämpft. Verteidigt. Gefährdet?



Bonn 2019  
Dietz-Verlag, 315 Seiten

VON NORBERT REICHEL 1987 veröffentlichte Ralf Dahrendorf im „MERKUR“ den Aufsatz „Das Elend der Sozialdemokratie“. Die Frage lautete, ob die SPD die 40 %-Marke wieder erreichen oder sogar überschreiten könne. Heute stünde da eine andere Zahl. Gerade in einer Zeit, in der Bedrohung und Ende der freiheitlichen Demokratien Buchregale und Feuilletons füllen, ist die Frage berechtigt, was die in den vergangenen 100 Jahren so erfolgreiche Sozialdemokratie selbst zu ihrem „Elend“ beigetragen hat.

Kurt Beck, ehemaliger Vorsitzender der SPD, nennt im Vorwort drei Leitfragen: „Ist die Demokratie selbst in der Krise? Oder ist es eine Krise innerhalb des demokratischen Systems?“ Die dritte Frage klingt optimistisch: „Womöglich überzeichnet der Begriff der ‚Krise‘ die Lage?“ (S. 7) Die

Herausgeber antworten mit einem Bekenntnis zu „einer starken, sozialen Demokratie, die allen Menschen Teilhabe und freie Entwicklung ermöglicht und den gesellschaftlichen Zusammenhalt garantiert“ (S. 18).

„Demokratie“ wird von den meisten Autor\*innen des Sammelbandes als „soziale Demokratie“ definiert, die Akzeptanz der Demokratie hänge an Sozial- und Wirtschaftspolitik. Programmatisch für die Ausrichtung des Bandes ist der erste Satz des Beitrags „Politische Ungleichheit in Deutschland“: „Liberalen Demokratien befinden sich in einem ständigen Spannungsfeld zwischen dem Anspruch politischer Gleichheit und der Existenz ökonomischer Ungleichheit.“ (S. 151) Entwicklungen in den „ostdeutschen Bundesländern“ werden darauf reduziert, dass dort „eine ärmere Gesellschaft mit weniger Einfluss als in den westdeutschen besteht.“ „Teilhabechancen“ gibt es nur im Kontext von „Aufstiegshoffnungen“ (S. 201). Die Themen, die Gerhard Schröder als „Gedöns“ bezeichnete, fehlen, die politischen Entwicklungen werden im Spannungsfeld zwischen CDU/CSU und SPD erörtert. Grüne und Linke erscheinen als Konkurrenzparteien der SPD, die FDP gar nicht, erwähnt wird mehrfach die AfD.

Vielleicht fehlt der Sozialdemokratie eine Großerzählung, wie sie Willy Brandt 1969 formulierte: „Mehr Demokratie wagen“. Die meisten Beiträge verweilen jedoch im Klein-Klein von Wirtschafts- und Sozialpolitik und erwecken den Eindruck, als bringe ein „Bürgerlicher Kompromiss“ (Timo Lochocki, S. 218) die SPD zurück zu alter Stärke. Lochocki illustriert dies an der Migrationspolitik, die er als „Flüchtlingsdebatte“ versteht. Er hält eine Migrationspolitik für möglich, die CDU, CSU, SPD und – man staune – auch Politiker\*innen der AfD – umfasse. Dies entspricht der Debatte in der SPD nach dem Wahlsieg der dänischen Sozialdemokratie.

Lohnenswert ist die Lektüre der Texte von Colin Crouch, Grit Straßenberger, Naika Foroutan und Claus Leggewie. Crouch warnt, dass neoliberale und fremdenfeindliche Bewegungen die Demokratie unterhöheln, wenn es nicht gelingt, „dass zivilgesellschaftliche Gruppen (...) die Öffentlichkeit aus ihrer Selbstzufriedenheit reißen“ (S. 107). Straßenberger analysiert das Verhältnis zwischen „Elite und Masse“ bzw. „Eliten und Gegeneliten“. Ihre These: „Der gegenwärtige Populismus ist (...) ein gegen die liberaldemokratische Ordnung gerichtetes Projekt“, „eine konfrontative, jegliche Kompromissbildung ausschließende Feindkonstruktion“ (S. 147 f.), kurz: antipluralistisch.

Foroutan zitiert das „Tocqueville-Paradoxon“, „dass mit einer nachweisbar abnehmenden Ungleichheit paradoxer-